Deutscher Reichstag.

33. Sitzung vom 23. Januar.

1 Uhr. Am Bundesrathstische: Dr. v. Bötticher u. A.

Präsident von Levetzow ertheilt und erhält die Ermächtigung des Hauses, dem Kaiser zu seinem Geburtstage die Glückwünsche des Reichstags auszusprechen.

Die Besprechung der Interpellation Auer, betr. Maßregeln gegen den Nothstand wird fortgesetzt.

Abg. Dr. Kropatscheck (Kons.): Die Rede des Abg. Bebel habe ich gestern wiederholt unterbrochen und halte die mir zu Theil gewordene Rüge des Präsidenten für gerechtfertigt. Ich muß jedoch mein Benehmen mit einigen Worten rechtfertigen. Ich höre den Abg. Bebel gern, ganz ohne Ironie gemeint, weit lieber als den Abg. Liebknecht, dessen Worte man schon seit 50 Jahren kennt und immer wieder hört. Aber der letzte Theil der Rede des Abg. Bebel entbehrte doch allzu sehr der sonst gerühmten Klarheit; was er vorbrachte, waren utopistische Ansichten vom alltäglichen Leben, wie man sie sonst nur in französischen und Kolportage-Romanen findet. Alles war für ihn erfüllt von Agents provocateurs, die nur darauf lauern, die still und friedlich dahinziehende Sozialdemokratie ins Verderben zu locken. (Rufe links: Ist aber so!) Diese Angst und Unruhe ist wirklich Gespensterseherei. Was der Abg. Bebel hier sagte, klang Alles sehr graulich, aber einen Beweis hat er nicht erbracht und wenn er keine anderen Beweise dafür hat, als für seine Behauptung, die Polizei habe die Vorgänge am Donnerstag provozirt, so sind diese Beweise nicht weit her. Ich bin erstaunt, wie ein so kluger und klarer Kopf wie der Abgeordnete Bebel sich auf Dinge, wie das Gespräch der beiden Gardeoffiziere berufen kann, um zu beweisen, die Polizei habe am Donnerstag die Hand im Spiele gehabt. Das sind Truggestalten, die Sie Romanschriftstellern überlassen sollten, um kleine Kinder damit graulich zu machen. Der Abgeordnete Liebknecht hat den Muth gerühmt, mit dem Sie den Anarchisten entgegentreten. Ich kann von diesem Muth bisher nichts finden, vielleicht eher das Gegentheil. Was den Anarchismus betrifft, so gebe ich zu, daß er und die Sozialdemokratie in ihren Zielen durchaus verschieden sind. Aber was dazwischen liegt, das ist doch verzweifelt ähnlich; beide haben dieselbe Voraussetzung, daß in ihrer neuen Welt vollkommen neue Menschen ohne Sünden sind. Wo sie diese Menschen herschaffen wollen, ist nicht zu verstehen; und daran müssen Ihre Zukunftsträume scheitern. Denn mit der Erziehung ist da nichts zu erreichen, die Selbstsucht wird durch Bildung nie beseitigt. Die Wege, auf denen Sie Ihrem Ziele entgegengehen wollen, sind ebenfalls die gleichen wie beim Anarchismus. Heute freilich verwerfen Sie die Revolution, aber früher war das anders; da standen Sie auf demselben Standpunkt, den heute noch die Anarchisten einnehmen. Wenn wir einmal durch das Thor der Revolution in den „großen Kladderadatsch" hineingehen sollten, dann wird es, davon bin ich überzeugt, an Blut auch nicht fehlen. Die Anarchisten sind weiter nichts, als was Sie einmal gewesen sind, und ich glaube, es wird die Zeit noch kommen, wo Sie den jetzt viel geschmähten Staat und die Polizei bitten werden, Ihnen gegen Ihre Brüder zu helfen.

Zur Sache, die uns hier beschäftigt, fällt es ja Niemandem ein, zu bestreiten, daß es eine Menge Arbeitslose giebt. Aber, wie der Herr Staatssekretär schon sagte, muß man doch aber zwischen den Arbeit Suchenden, jedoch nicht Findenden, und den nicht arbeiten Wollenden unterscheiden. Dazu kommt noch als dritte Kategorie die der Leute, welche nicht arbeiten können, weil sie nichts gelernt haben und nur Hände sind, die in der Fabrik gleich nach der Entlassung aus der Schule immer dieselbe geisttödtende Arbeit verrichtet haben. Werden diese Arbeiter aus der Fabrik entlassen, so finden sie keine Arbeit. Woher kommt denn nun die Arbeitslosigkeit? Ich bin fest überzeugt, je mehr wir dahin treiben, die Großindustrie zu begünstigen, desto mehr treiben wir der Arbeitslosigkeit zu. Drum sollten wir alles thun, um diese Entwickelung zu hemmen. Ich bin aus diesen Gründen nicht der Ansicht. Der Abg. Richter sagt, wenn wir erst den russischen Handelsvertrag haben und die Landwirthschaft noch mehr ruinirt haben werden, wir dann der Arbeitslosigkeit entgehen werden. Mit jedem Besitzer, der von seinem Besitze verdrängt wird, verschwindet ein großes Stück Vaterlandsliebe und monarchistischer Gesinnung. Das Land wird entvölkert, die Arbeiter ziehen in die Städte und drücken dort die Löhne. Daraus entsteht die Arbeitslosigkeit. Und wenn dann der große Kladderadatsch kommt, dann wird der Staat sich allerdings nicht mehr auf ein vom Lande entnommenes Heer stützen können, sondern er wird sich Massen gegenüber finden, denen er nicht mehr Halt gebieten kann. Dann freilich sind Sie eben auf. Darum begünstigen Sie auch die Entvölkerung des Landes. Gangbare Wege zur Abhilfe der augenblicklich herrschenden Noth haben Sie uns nicht gezeigt; Alles waren Dinge, die erst einmal in Zukunft ihre Wirkung ausüben könnten. Herr Liebknecht hat die Kultivirung der Lüneburger Haide empfohlen. Diese ist gar nicht das öde Land, wie Sie es sich vorstellen. Und durch wen soll denn die Haide kultivirt werden. Doch durch Arbeiter, die Sie auf das Land führen müßten, wo doch **noch** Ihrer Schilderung so schaudderhafte Zustände herrschen. Haben Sie noch etwas Mitleid mit **den** armen Leuten (Heiterkeit). Herr Bebel fragt, was denn die Regierung thun will. Er will weitere Ausdehnung des Arbeiterschutzes. Aber erhält denn dadurch auch nur ein einziger Arbeiter mehr Arbeit? Nein, denn die Sonntagsruhe trägt ja doch den Arbeiter, so daß er bei der verkürzten Arbeitszeit mehr leisten kann, als ohne Sonntagsruhe. Herr Bebel beruft sich auf England und meint, der Korrespondent der „Kreuz-Ztg." habe den dortigen Bestrebungen nach 8stündigem Arbeitstage zugestimmt. Ja, hat er denn die Ironie darin nicht herausgefunden. Sie täuschen sich, wenn Sie annehmen, daß in Folge der Einführung des 8stündigen Arbeitstages — den ich prinzipiell für berechtigt halte, aber zur Zeit für undurchführbar — auch nur ein einziger jetzt Arbeitsloser Arbeit finden werde. Der Arbeiterschutz wird ja gerade dadurch begründet, daß er die Industrie keineswegs schädige, sondern die Arbeiter leistungsfähiger mache. Wenn diese Ansicht falsch wäre, würden in der That bei verkürzter Arbeitszeit Arbeitslose Arbeit finden? Sie wollen ferner Arbeitsgelegenheit schaffen! Sie und Herr Richter sind aber die Letzten, die Ausgaben dafür bewilligen. Alle ihre Vorschläge helfen also nichts. Die Organisation eines Arbeitsnachweises, den Herr Bebel wünschte, ist ja ganz schön. Nun **sagte** Herr Bebel, wenn Staat und Reich den Ort zeigten, wo Arbeit zu finden ist, dann würden die Arbeiter dorthin gehen. Was würden Sie aber wohl sagen, wenn der Staat Tausende von Arbeitern nehmen und nach Ostpreußen schicken wollte, weil dort Arbeit sei. Was würden Sie dann wohl sagen? Ich behaupte, Sie haben bisher gar nichts für die Arbeiter gethan, obwohl Sie manches hätten thun können. Jede barmherzige Schwester, die in das Haus des Armen geht, ihn pflegt und ihm Suppe kocht, hat tausendmal mehr gethan als Sie. (Lebhafte Zustimmung.) Ich habe die Sozialdemokratie nie unterschätzt. Sie haben auch zum Theil vortreffliches Material beigebracht und vortreffliche Vorschläge gemacht. Aber Herr Liebknecht erscheint mir nachgerade unbegreiflich. Herr Liebknecht hat z. B. im letzten Sommer bestritten, daß Sie eine internationale Partei seien. Und nun lesen Sie Ihre Flugblätter bei den Wahlen.

Die Monarchie allein ist es, welche die sozialen Schäden zu heben in der Lage ist. Sie hat ein warmes Herz für die arbeitenden Klassen und hat das warme Herz durch viele Maßregeln bewiesen. Aber dies kann die Monarchie nur, wenn sie nach wie vor an den Lehren des Christenthums festhält und an dem Glauben an Jesus Christus. Alsdann werden auch Sie gegen die Monarchie bei den größten Anstrengungen nichts ausrichten. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. Singer (Soz.): Abg. Kropatschek hat es unternommen, den Abgeordneten Bebel so zu sagen unter Rosen zu begraben. Es kann uns das ziemlich gleich sein. Auf die Angriffe des Vorredners gegen den Zukunftsstaat werde ich nicht eingehen. Derselbe hat uns mit der Anarchie in einen Topf geworfen. Der Anarchismus ist eine Weltanschauung, wie jede andere Richtung. Man muß ihn aber überflüssig machen und das kann man nur durch soziale Reformen. Dadurch würde auch erreicht werden, daß die jungen Leute nicht nöthig haben, gleich nach Verlassen der Schule in die Fabrik zu gehen. Aber die jungen Leute sind eben jetzt gezwungen, das zu thun, weil ihre Familie auf ihren Verdienst angewiesen ist. Abg. Kropatschek hat gesagt, daß selbst die Einführung des Achtstundentages nicht eine Mehrbeschäftigung von Arbeitslosen zur Folge haben würde. Ich kann ihm darin durchaus nicht beistimmen. Ich bin im Gegentheil davon überzeugt, daß gerade die Verkürzung der Arbeitszeit die wohlthätigsten Folgen in dieser Beziehung haben würde. Charakteristisch war die Auffassung, die Dr. Kropatschek über den Arbeitsnachweis zu Tage gefördert hat. Ein solcher Arbeitsnachweis könnte sich sehr gut in vernünftigen Formen bewegen. Wir würden natürlich keine Formen schaffen in der Richtung, den Polizeistaat noch zu verewigen. Auf einen Streit darüber, ob die Sozialdemokratie oder die anderen Staaten mehr thun für die Arbeiter will ich mich nicht einlassen. Aber das steht fest, daß die gesammte Sozialdemokratie sich bereits längst in den freiwilligen Diakonissendienst gestellt haben, den der Vorredner so sehr rühmte. Dafür war die Zeit der Epidemie in Hamburg ein leuchtendes Beispiel, wo die Sozialdemokraten sich mit Aufopferung dem Dienste der freiwilligen Krankenpflege widmeten auch den besitzenden Kreisen gegenüber, während die Bourgeoisie und besitzenden Klassen den Staub von ihren Füßen schüttelten und die Seebäder aufsuchten. Der Staatssekretär schloß seine Rede gestern mit dem Worte: Jeder möge erst bei sich bessern, dann wird's besser werden. Man verzeihe es mir, aber mit solchen Gemeinplätzen bessert man keinen Nothstand. Jedenfalls gilt auch hier das Wort „charity begins at home". Darum möge der Staatssekretär dafür sorgen, daß zunächst in seinem und den anderen Reichsämtern gebessert wird und die sozialpolitischen Gesetze mehr in Fluß kommen. Der Staatssekretär hat den allgemeinen Nothstand in Abrede gestellt. Das wundert mich nicht, denn wenn man den Nothstand zugäbe, so wäre das ja zugleich eine Verurtheilung der bürgerlichen Gesellschaft. Auch hat Herr v. Bötticher wohl auch seinen Kollegen, die die Steuern zu vertheidigen haben, das Geschäft wohl nicht zu sehr erschweren wollen. In den Steuerkommissionen kann er hören, wie sehr alle Geschäfte darniederliegen; wie muß es da erst in den Arbeiterkreisen liegen. Der Herr Staatssekretär führte eine Reihe von Industrien an, in denen die Lage günstiger sei. Darunter war auch die Zuckerindustrie. Hoffentlich bleiben wir also von der Erhöhung der Zuckerprämie verschont. Denn der Staat wird in derartigen Zeiten doch nicht mit vollen Händen Geld an eine Industrie wegwerfen, die sich in günstiger Lage befindet. Bei der Berathung der Steuergesetze hat der Abg. Bassermann auf eine bezügliche Andeutung des Schatzsekretärs Grafen Posadewsky, die Arbeitgeber würden doch immer die jüngeren Arbeiter entlassen, wenn es überhaupt nothwendig würde, mit anerkennenswerther Offenheit erklärt, das sei nicht richtig, die Humanität hört beim Geschäft auf. Das stellte Herrn von Bötticher doch beweisen, wie opferwillig die von ihm gerühmten Arbeitgeber sind, die angeblich mit persönlichen Opfern die Arbeiter halten und nicht entlassen. Sie thun das, ja, aber nur um sich einen Arbeiterstamm zu erhalten, der ihnen in günstiger Zeit die Preßtrake gewährleistet. Man wirft uns vor, wir hätten gegen die sozialpolitischen Gesetze gestimmt. Wir helfen bei sozialpolitischen Gesetzen nur, wenn wir überzeugt sind, daß sie den Arbeitern in der That helfen: der Bettelreform, wie sie bisher getrieben wurde, konnten wir nicht zustimmen; nicht weil wir den Gedanken nicht für richtig hielten, sondern weil sie uns nutzlos erschien. Das Steigen der Sparkassenbestände beweist nicht etwa, daß die Arbeiter sparen, sondern daß die Krankenkassen 2c. ihr augenblicklich flüssiges Geld bei den Sparkassen anlegen, um es leicht wieder herausnehmen zu können. Dazu kommt dann die Furcht vor Bankbrüchen, welche Leute zu den Sparkassen getrieben hat, die sonst dorthin nicht gehen. Seltsam ist es, daß der Herr Staatssekretär behauptet, die Steuerrückstände hätten sich vermindert. Woher hat er wohl seine Berichte? Der Bericht der Berliner Kommunalverwaltung spricht gerade das Gegentheil aus und stellt große Schwierigkeiten bei der Steuereinziehung fest. Und auch was das Nichtsteigen der Armengelder betrifft, so konstatirt derselbe Bericht, daß für 1892/93 800 000 Mk. Armengelder mehr als 1891/92 gezahlt worden sind; 1893/94 ist bis Ende Februar der Armenetat um 380 000 Mk. überschritten worden und Sachverständige äußern sich dahin, die Summe würde wohl ½ Million erreichen. Nun muß man die Geringfügigkeit der einzelnen gezahlten Armenunterstützungen kennen, um zu ermessen, wie viel Arme es geben muß, damit jene Summe die erwähnte Höhe erreicht. Der Herr Staatssekretär hat gesagt, in Hamburg haben sich keine Kanal- und Baggerarbeiter gefunden. Die ganze Erzählung bekommt sofort ein anderes Gesicht, wenn ich sage, daß die Geschichte in der Cholerazeit passirt ist. Kann man es den Arbeitern verdenken, daß sie in der Cholerazeit nicht in die Kanäle, d. h. in das offene Grab hineinsteigen und Frauen und Kinder damit in die schrecklichste Lage bringen wollten? Arbeitsscheue, Tagediebe, Faullenzer waren es nicht. Als Herr Abg. Bebel gestern sagte, Schneeschippen sei keine leichte Arbeit, da lachten Sie rechts. Wir sind hier an dieses Lachen gewöhnt, es ist das Lachen der Verlegenheit. Hatte denn aber Bebel Recht? Die körperlich degenerirten, schlecht genährten und gekleideten Leute können jene Arbeiten nicht leisten. Und wie verträgt es sich denn mit der vielgerühmten Sozialpolitik, wenn sie verlangen, der Arbeiter müsse um jeden Preis auch auf Kosten seiner Gesundheit und erlernten Kunstfertigkeit jede Arbeit annehmen.

Was das Verhalten der Polizei am Donnerstag anbelangt, so äußerte der Staatssekretär, dem Einberufer Redrian sei die Sache anscheinend wieder leid geworden; so schrieb er seine Annahme vielleicht auf die Berichte aus dem Polizeipräsidium (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten). Daß das Auftreten der Polizei ein unmotivirtes, herausforderndes, brutales gewesen ist, hätte der Staatssekretär aus jeder Zeitung entnehmen können. Dieselbe Bürgerschaft, welche durch das Polizeikostengesetz gezwungen ist, die sächsischen Kosten der Polizei zu zahlen, wird von der Polizei niedergeknüttelt. Das ist doch blutiger Hohn! Wenn es irgend ein Mittel gegeben hat, um einen blutigen Zusammenstoß, zu dem es glücklicherweise nicht gekommen ist, hervorzurufen, so war es das Vorgehen der Polizei. Ich würde mich nicht wundern, daß, wenn solche Vorfälle sich nochmals ereignen sollten, die Arbeiter Berlins in ihre Versammlungen nur noch mit dem Revolver gehen würden. Ich bin also davon überzeugt, daß die Polizei absichtlich den Arbeitern eine Falle legen wollte und ebenso bin ich überzeugt, daß, wenn die Arbeiter darauf hineingefallen wären, Frh. v. Stumm dies zweifellos zur Begründung für die Nothwendigkeit der Wiedereinführung eines Sozialistengesetzes angeführt hätte. (Sehr richtig! rechts). Was übrigens den vom Abg. Frh. v. Stumm citirten Artikel betrifft bezügl. der Millionen, die unsere Partei den Arbeitern auspressen soll, so scheinen die Herren uns nach den Vorgängen zu beurtheilen, die bei ihnen vorkommen. Nein, es ist die freudige Bereitwilligkeit und Opferwilligkeit, welche die Mitglieder unserer Partei veranlaßt, dasjenige beizusteuern, was nothwendig ist. Wenn eine solche Opferwilligkeit bei Ihnen vorhanden wäre, so würden Sie auch bessere Erfolge bei den Wahlen erzielen. Frh. von Stumm meinte übrigens, durch die Militärvorlage würde den Arbeitern neuer Verdienst zugeführt. Er vergaß dabei wohl aber, daß vor den Arbeitern noch die Unternehmer stehen. Uebrigens hat gestern das „Berl. Tagebl." dieselbe Ansicht vertreten, wie Frhr. v. Stumm. Ich kann ihm nur zu dieser Bundesgenossenschaft gratuliren. (Heiterkeit.) Wenn Frhr. v. Stumm den Sozialismus mit dem Anarchismus auf dieselbe Stufe stellt, so versteht er von der Sache absolut nichts. Das einzige Mittel, das er gegen uns verschlägt, ist natürlich die Polizei. Ein so unschuldiger Engel, wie Sie meinen, ist die Polizei aber auch nicht. Sie selbst zieht sich die Anarchisten groß und steht in Verbindung mit Spitzeln. Man spricht so viel von dem Radieschenattentat, Derjenige, welcher zuerst das Attentat als anarchistisches in der Presse hingestellt hat, war ein solcher Spitzel, ein Mensch, der unter dem Ministerium des Herrn v. Puttkamer politischer Agent der Berliner Polizei in London war und 450 Mark monatliches Gehalt bekam. Er hatte sich dort in eine anarchistische Gemeinschaft eingeschmuggelt, war aber hinausgeworfen worden, und war es, der seiner Zeit den Neve an das Messer brachte. Es ist derselbe Mann, den sie heute noch täglich hier auf der Journalistentribüne sehen können, der mit hohen Personen verkehrt. Der Name dieses Biedermannes ist Reuß. Und wenn Sie die Visage dieses Herrn sehen wollen, so können Sie das auf einer Photographie, welche zu Ehren der Huldigungsfeier des Fürsten Bismarck in Kissingen angefertigt wurde. Dort finden Sie Reuß neben dem Grafen Herbert Bismarck. Die Polizei ist also nicht so rein wie ein unschuldsvoller Engel. Um Ihnen das zu beweisen, habe ich dieses kleine Beispiel erzählt. Dann hat man es dem Abg. Liebknecht verdacht, daß er gesagt hat, das soziale Königthum habe seinen Canossagang gemacht. Hat denn aber die Sozialreform nicht wirklich Halt gemacht vor dem Unternehmerthum? Die Arbeitszeit muß herabgesetzt werden, dann kann man auch mehr Arbeiter einstellen. Unrichtig ist es, daß unter der Verkürzung der Arbeitszeit die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie leiden würde. In Berlin ist bereits eine Ortskrankenkasse, die nicht mehr zahlen kann, so groß ist der Nothstand. Es ist die Krankenkasse der Maler, die im Sommer noch 4000 Mitglieder zählte, jetzt aber nur noch 2100. Wir verlangen von Ihnen nichts Unmögliches zur Beseitigung des Nothstandes, sondern nur das, **was in** Ihren Kräften steht.

Staatssekretär von Bötticher: Der Herr Vorredner hat mich in einer Weise mißverstanden, gegen die ich Verwahrung einlegen muß. Auch politischen Gegnern gegenüber sollte das nicht geschehen. Ich habe in diesem Jahre bei dem gleichen Anlaß nichts anderes gesagt als im vorigen, sondern in beiden Fällen das Vorhandensein eines Nothstandes anerkannt. Durchaus unrichtig ist es, daß ich von den Arbeitern als „Tagedieben", „Faullenzern" 2c. gesprochen habe. Der Zusammenhang war ein ganz anderer. Weiter soll ich aus den mir vorliegenden Berichten nicht die zutreffenden Schlüsse gezogen haben und es sollen die von mir gegebenen Erläuterungen nicht der Wahrheit entsprechen. Ich habe die Regierungen über die Lage auf dem Arbeitermarkt befragt, sowie darüber, ob es nothwendig sei, dem Nothstande mit außerordentlichen Mitteln zu begegnen. Ich habe hier vorgetragen, daß diese Berichte eine große Verschiedenheit zeigen, daß es Bezirke giebt, wo es den Arbeitern gut geht, andere wo es ihnen schlecht geht. In Abrede zu stellen, daß es in Berlin trauriger stehe als anderswo, ist mir gar nicht eingefallen. Darum bewegt sich der Vorredner auch gar nichts, wenn er mir vorhält, in Berlin sei das Armenbudget gestiegen. Wie kann man überhaupt Berlin zum Ausgangspunkt solcher Erörterungen machen? Daß in Berlin das Armenbudget steigt, schlägt nicht meine Behauptung, daß es im Reiche besser steht und der Nothstand im Abnehmen ist. Was die Zahlungsunfähigkeit der Malerkasse angeht, so bestreite ich die Pflicht, überall da einzuschreiten, wo sich im Einzelfalle ein sozialer Mißstand zeigt. Diese Aufgabe konnten wir gar nicht erfüllen. Die unmittelbare Remedur gehört den geeigneten Landesinstanzen. Wenn der Vorredner bemerkt hat, man solle sich nicht wundern, wenn die Arbeiter gegenüber Vorgängen wie am Donnerstag sich mit Revolvern bewaffneten, so möchte ich doch die Arbeiter bitten, das zu unterlassen. Das könnte doch zu bedenklichen Konsequenzen führen. Ich bestreite ausdrücklich,

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18940124026/fragment/page=0001

daß die Polizei am Donnerstag provokatorisch vorgegangen ist. Ein Beweis dafür ist auch keineswegs erbracht. Die Berichte, die mir darüber vorliegen, sind amtlich und bisher unwiderlegt; die Polizei ist gereizt worden, ihre Anordnungen sind nicht befolgt worden; die Leute, die gereizt haben und die Anordnungen nicht befolgten, haben ihren Lohn gezeptet.

Abg. Fuchs (Ctr.): Der Nothstand ist in dieser Zeit des wirthschaftlichen Niederganges nichts Wunderbares. Allerdings soll damit nicht gesagt sein, daß ihm nicht abzuhelfen sei. So z. B ist die Frage des Arbeitsnachweises nicht von der Hand zu weisen. Die Gemeinden besonders könnten auf diesem Gebiete Ersprießliches leisten. Für die Sonntagsruhe einzutreten, hat uns besonders veranlaßt das Gebot der heiligen Schrift; die sozialpolitische Seite, die Abg. Krepatschek hervorgehoben hat, ist allerdings auch von Einfluß dabei gewesen. Was nochmals den Arbeitsnachweis anlangt, so könnte damit leicht die Einrichtung einer Statistik der Arbeitslosigkeit verbunden werden. Im allgemeinen muß ich sagen, daß dieser Tag der Nothstandsdebatte für die Sozialdemokraten kein besonders günstiger gewesen. Auf die Ausführungen ubezug auf das sozialdemokratische Programm seitens des Abg. Krepatschek ist meines Erachtens auch nicht mit einem einzigen Wort geantwortet worden. Was die Anarchisten betrifft, so sind diese nichts als die entschiedenere Richtung und diese wird die gemäßigtere bald aufgesaugt haben. (Rufe: Dann seien Sie doch froh!) Davon sind wir fest übergzugt, daß wir keine Gelegenheit vorübergehen lassen dürfen, um die Lage der Arbeiter zu verbessern. Um so unverständlicher ist es uns, wenn der Abgeordnete Singer sagt, seine Parteigenossen hätten die sozialpolitischen Gesetze abgelehnt, weil sie ihnen nicht weit genug gingen. Damit handelten Sie nicht im Interesse der Arbeiter, sondern nur in dem der Partei. Ganz beseitigen läßt sich der Nothstand nie; er hat immer bestanden und wird immer sein. Aber die korporative Gestaltung der Stände wird viel dazu beitragen, ihn zu mildern.

Abg. von Kardorff (R. P.): Je mehr das platte Land verarmt und das Volk in die Städte geht, um so leichter muß der Nothstand eintreten, den wir jetzt zu beklagen haben. Der österreichische Handelsvertrag hat hier sehr viel Schuld und nun beklagen Sie sich über Dinge, die Sie selbst verschuldet haben. Mit der Entvölkerung des platten Landes verringert sich auch die Kaufkraft desselben. Und dieses platte Land um die Städte herum ist ein viel wichtigeres Absatzgebiet als das Ausland, auf welches die Regierung und auch der Herr Reichskanzler stets hinweisen. Wenn Sie die Nothstände beseitigen wollen, dann müssen Sie den Schutz der nationalen Arbeit aufrechterhalten, den der Fürst Bismarck inaugurirt hat, von dem ich zu meiner Freude gehört habe, daß wir demnächst seinen Besuch in Berlin zu erwarten haben (Beifall).

Die jetzigen Zustände sind die Folgen des Fehlers, daß man die Politik des Fürsten Bismarck verlassen hat. Den Sozialdemokraten muß ich noch bemerken, daß ihre Partei über Geldmittel verfügt, die größer sind, als die der anderen Parteien und daß diese Mittel aus einer freiwilligen Steuer der Arbeiter aufgebracht werden. Das wird kein Mensch bezweifeln. Mit dem Abg. Krepatschek stimme ich nicht in der Auffassung überein, daß wir das Sozialistengesetz nicht brauchten. Die Sozialdemokratie ist doch eine Partei, die Alles niederreißen will, worauf man noch Werth legen muß. Ernst bin ich allerdings kein Freund von Ausnahmegesetzen. Wenn nicht durch scharfe Bestimmungen gegen die Sozialdemokraten vorgegangen wird, so können wir es noch leicht erleben, daß die Sozialdemokraten hier die Mehrheit bekommen. Ich denke da nicht gerade an ein neues Ausnahmegesetz. Ferner müßte die Wirthschaftspolitik so geändert werden, daß das platte Land wieder gestärkt würde. Dann würden wir besseren Verhältnissen entgegensehen können. Wenn die große Masse einmal zur Herrschaft kommt, dann wird das Volk bald einsehen, daß das der grausamste, willkürlichste und tannenhaftste Herrscher ist, den es giebt. Das lehrt die Geschichte und Erfahrung der französischen Revolution. Hoffen wir, daß Deutschland vor einem solchen Geschicke bewahrt wird.

Abg. Galler (südd. Volksp.): Wenn ein Nothstand im Lande vorhanden ist, dann sollte man doch nicht noch Anträge einbringen, deren Dasein schon große Erwerbszweige benunruhigt und nothwendig Arbeiterentlassungen zur Folge haben müsse. Ich meine da den Antrag des Centrums, betr. den Kolportage-Buchhandel. Schon jetzt hat dieser Antrag für das Buchhandelsgewerbe sehr schädlich gewirkt. Dieser Antrag würde, wenn er Gesetz würde, eine Masse Arbeiter und kleiner Kolportere brodlos machen.

Präsident v. Levetzow: Das scheint mir nicht zur Sache zu gehören.

Abg. Galler (fortfahrend): Ich spreche von dem Nothstand, der im Buchhandelsgewerbe entstehen würde, wenn der Antrag angenommen würde . . .

Präsident v. Levetzow: Wir verhandeln hier über den Nothstand, der vorhanden ist, und nicht erst entstehen soll.

Abg. Galler (fortfahrend) . . . und sehen entstanden ist. (Heiterkeit.) Das Centrum könnte viel zu einer Beruhigung beitragen, wenn es den Antrag zurückzieht.

Präsident v. Levetzow: Das gehört doch sicher nicht zur Sache.

Abg. Kühn (Soz.-Dem.) vertheidigt seine Partei gegen den Vorwurf, daß sie gegen die sozialpolitische Gesetzgebung gestimmt habe, und bemerkt dem Vorwurfe gegenüber, daß die Sozialdemokraten hetzten, sie seien in Bezug auf Agitation die reinen Waisenknaben gegen die Antisemiten und Konservativen. Die anderen Parteien wollten alle Noth mit dem Christenthum heilen. Wenn das Christenthum aber all das vollbringen könnte, was man von ihm erwartet, dann müßte es doch auch schon irgendwo einen Beweis von seiner Macht gegeben haben. Gerade das Zentrum habe diese Ansicht und brüste sich immer mit seiner Arbeiterfreundlichkeit, dabei habe es allen ernsthaften sozialdemokratischen Anträgen auf Besserung der Lage der Arbeiter Widerstand geleistet, und christliche Arbeitgeber behandelten oft ihre Arbeiter sehr unchristlich. Wenn ihnen vorgeworfen werde, sie erregten Unzufriedenheit, dann müsse er doch bemerken, daß die Unzufriedenheit durch die ganzen wirthschaftlichen Verhältnisse und die Produktionsweise erregt werde, und daß sie sich in dieser Beziehung nicht mehr anzustrengen brauchten. Jahrzehnte lang herrsche schon ein permanenter Nothstand in weiten Kreisen der Bevölkerung, besonders gelte das vom Eulengebirge. Dort seien die Leute schon sozusagen versteinert und hätten sogar das Schreien verlernt. (Eine größere Anzahl von der Rechten und des Centrums verlassen den Saal.)

Meine Herren Sie haben genug. Ja, wir haben wochenlang Reden über den Nothstand der Agrarier hier anhören müssen, da könnten Sie auch einmal etwas über den Nothstand der Proletarier hören. Redner schildert sodann unter steigender Unruhe des Hauses die Noth des Weberstandes in der Grafschaft Glatz, von welchem die männlichen Arbeiter wöchentlich bis 3 Mark, die weiblichen wöchentlich bis 2 Mark und Kinder bis zu 1 Mark Lohn erhielten. Dieser Nothstand sei seit einem Menschenalter ein offenes Geschwür am Körper des Staats, gegen das man schon längst etwas hätte thun sollen. Aber dazu fehlten natürlich die Mittel. Hätte man die Hälfte von dem, was die Militärvorlage kostet, genommen, um dafür etwas gegen den Nothstand und auch für eine Klarlegung der Arbeiterverhältnisse zu thun, dann könnte man schon viel erreichen. Aber von einem Normalarbeitstag und ähnlichen wohlthätigen Einrichtungen wolle ja die jetzige Gesellschaft nichts wissen. Sie wolle die Zustände nicht verändern, um nicht den Ast abzusägen, auf dem sie sitze. Redner schließt mit einer Bemängelung des Verhaltens der Berliner Polizei bei der Arbeitslosen-Versammlung vom 18. Januar.

Darauf wird die Diskussion geschlossen, womit die Besprechung der Nothstandsinterpellation beendet ist.

Persönlich bemerkt Abg. Bassermann, daß ihn Abgeordneter Singer falsch zitirt habe.

Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr (Initiativanträge, darunter Antrag betr. Abänderung des Wahlgesetzes).

Schluß 6¼ Uhr.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

3. Sitzung vom 23. Januar.

11 Uhr. Am Ministertische: Dr. Miquel, Frhr. v. Berlepsch, Dr. v. Schelling u. A.

Eingegangen: Vertrag zwischen Preußen und Lübeck, betr. den Elbe-Trave-Kanal nebst einem Gesetzentwurf betr. die Gewährung eines Beitrags Preußens zu den Kosten der Herstellung des Elbe-Trave-Kanals durch die freie und Hansestadt Lübeck.

Die allgemeine Rechnung über den Staatshaushalt des Jahres vom 1. April 1890/91, die Uebersicht von den Staatseinnahmen und Ausgaben des Jahres vom 1. April 1892/93 und der Gesetzentwurf betr. die Deckung von Ausgaben des Rechnungsjahres 1892/93 werden der Rechnungskommission überwiesen.

Hierauf tritt das Haus in die erste Lesung des Etats ein.

Abg. v. Strombeck (Ctr.): Im Domänenetat sind erhebliche Summen für Arbeiterwohnungen eingestellt worden. Wir begrüßen das mit Freude; ebenso, daß für Kleinbahnen größere Aufwendungen gemacht werden, sowie daß die Gewerberäthe vermehrt werden sollen. Auch der weitere Ausbau des Systems der Altenszulagen erfüllt uns mit Befriedigung. Doch herrscht auf dem letztgenannten Gebiet zu große Disparität, deren Abstellung zu beantragen ich mir vorbehalte. Was die Einzeletats betrifft, so wird beim Eisenbahnetat ohne Zweifel wieder der Wunsch laut werden nach Tarifermäßigungen. Ich theile diesen Wunsch und glaube sogar, daß durch Erfüllung dieses Wunsches Einnahmeerhöhungen werden erzielt werden können. Das beweist das Beispiel Würtembergs, wo die Personentarife erheblich herabgesetzt worden sind. Wir würden ja in Preußen so weit nicht gehen können, wohl aber innerhalb kleinerer Bezirke könnte man den Versuch machen. In Bezug auf die katholischen und evangelischen Geistlichen werden wir Anträge auf vollständige finanzielle Parität stellen. Dieselbe läßt bisher viel zu wünschen übrig. Meine Freunde bedauern, daß es nicht möglich gewesen ist, für den Theil der Volksschullehrer, welche sehr dürftig gestellt sind, eine Verbesserung zu erlangen. Weitere Mittel werden sich ja dafür nicht flüssig machen lassen; aber vielleicht könnte der bisherige rein mechanische Vertheilungsmaßstab revidirt und ein zweckmäßigerer Modus gefunden werden. Bedauerlich ist auch, daß für Kunst und Wissenschaft nicht höhere Mittel ausgeworfen werden konnten.

Was die Deckung des Defizits betrifft, so wird dieses materiell dadurch verringert, daß nach dem Einkommensteuergesetz drei Jahre hindurch der aus der Einkommensteuer über 80 Millionen aufkommende Betrag thesaurirt wird; da außerdem eine außerordentliche Schuldentilgung nicht erforderlich ist, so ist ein Defizit in der angegebenen Höhe nicht vorhanden. Eine Steigerung der Matrikularbeiträge, wie sie ja in Aussicht gestellt ist, würde die Finanzen der Einzelstaaten nur in Verwirrung bringen. Meine Freunde werden hier im Abgeordnetenhause auch die Paritätsfrage der Beamten zur Sprache bringen und beweisen, daß die Parität zwischen Katholiken und Protestanten nicht gewahrt ist. Ich mache daraus keinem der Minister einen Vorwurf. Es bestehen eben gewisse Verwaltungsgrundsätze, welche eine für die Katholiken ungünstige Wirkung in dieser Beziehung ausüben und deren Aenderung wir wünschen müssen. Der evangelische Bund kann nicht genug gegen die Katholiken hetzen. Es müssen andere Grundsätze in Bezug auf Parität praktisch in Geltung treten.

Abg. Graf Limburg-Stirum (kons.): Ich muß Verwahrung dagegen einlegen, daß die Katholiken in Preußen im Vergleich zu den Protestanten ungleich behandelt werden. Es sind doch eine ganze Menge Beamte katholischer Konfession angestellt und gut vorwärts gekommen. Was nun den Etat anlangt, so hat der Minister Miquel schon in großen Zügen den Etat so übersichtlich dargelegt, daß mir über die Grundzüge desselben nichts mehr zu sagen übrig bleibt. Der Etat wird jedenfalls zur Sparsamkeit mahnen, da diesmal ein Nettoetat vorgelegt ist. Das System der Alterszulagen begrüßen wir mit Freuden. Der Etat der Domänen und Forsten ist von großer Wichtigkeit. Er zeigt, welche Gefahr aus den Handelsverträgen für die Landwirthschaft erwächst. Haben doch Domänenpächter nach jahrelanger Pacht dieselbe aufgegeben und findet sich doch oft bei den Neuverpachtungen gar keine Konkurrenz. Die Handelspolitik ist jedenfalls ein Fehler gewesen. Wir tadeln die Aufgabe der Autonomie des Staats in Bezug auf die Zölle, indem er sich auf Jahre hinaus gebunden hat. Wir tadeln die Verquickung der Handelspolitik mit der Politik überhaupt. Es ist das eine Herabminderung unseres Ansehens, da man daraus annehmen kann, daß ohne Handelsverträge wir unsere Stellung nicht aufrecht erhalten können. Meine politischen Freunde sind davon übergezugt, daß wir in einer solchen Stärke, wie noch nie, hier nur aus dem Grunde als Abgeordnete erscheinen konnten, weil unsere Wähler mit unserer Haltung gegen die Handelspolitik im Reichstag einverstanden sind. Das Verhältniß zu unsern Eisenbahnen ist nicht das Schlimmste an unseren Finanzen, sondern das Verhältniß Preußens zum Reich. Wenn man an die Eisenbahnen so große finanzielle Ansprüche stellt, so könnten doch auch die Leute, die es können, etwas mehr für die Eisenbahnen zahlen. Sie verlangen immer großen Luxus und möglichste Schnelligkeit. Da können sie auch höhere Fahrpreise zahlen. Jedenfalls aber muß das Verhältniß Preußens zum Reich finanziell geordnet werden. Jetzt übersteigen die Matrikularbeiträge die Ueberweisungen aus dem Reiche um 32 Millionen. Das kann doch nicht so weiter gehen. Der Finanzplan des Ministers Miquel ist ein einfacher und guter. Danach würden die Matrikularbeiträge immer um 40 Millionen hinter den Ueberweisungen zurückbleiben. Um wie viel günstiger ständen wir jetzt, wenn die allgemeine Finanzreform schon eingeführt wäre. Im Reiche trägt der mangelnde Zusammenhang zwischen den einzelnen Verwaltungen die Schuld an der Unordnung der Finanzen. Der Reichspostmeister Stephan hat z. B. ein kleines Königreich für sich. Im Reiche müßte eine ähnliche Kontrole stattfinden, wie in Preußen. Allerdings wollen wir keinen Reichsfinanzminister. In der kurzen Zeit, wo der Reichsetat dem Bundesrath vorliegt, kann auf keinen Fall eine wirksame Kontrole stattfinden. Wir möchten an unsere Vertreter im Bundesrath die Forderung stellen, in dieser Beziehung Besserung einzuführen. Es freut mich, daß wir hier mit dem Finanzminister unsere Uebereinstimmung aussprechen können, denn die konservative Partei ist ihrer Natur nach dazu bereit, den Staat zu stützen und widerspricht nur nothgedrungen in einzelnen Fragen der Regierung. Meine Partei wird immer alles thun, um die Machtstellung der Krone zu erhalten, und jedem Versuch, diese Machtstellung zu erschüttern, entgegentreten. Dann danke ich dem Minister des Innern, daß er den Erlaß des hochseligen Königs Wilhelm I. wieder ins Gedächtniß zurückgerufen hat. Solche bedeutenden Dokumente können nicht oft genug ins Gedächtniß zurückgerufen werden. Daß dieser Erlaß etwa eine Rüge sein sollte, ist nicht anzunehmen. Wir wollen nur wünschen, daß ein mächtiger und persönlich in die Dinge eingreifender Souverän an der Spitze des Staats steht. Der König soll persönlich regieren, wie es in dem Erlasse hervorgehoben wird. Nur eine mächtige Krone kann das Land durch Zeiten der Gefahr bringen. Wenn behauptet wird, es bestände zwischen uns und dem oder dem Minister eine unüberbrückbare Kluft, so weisen wir das als unkonservativ zurück. Wir prüfen sämmtliche Vorlagen mit Unbefangenheit und lehnen keine ab, weil sie etwa von einem uns mißliebigen Minister eingebracht ist. Das Korrelat einer mächtigen Krone ist aber, daß wir unabhängig unsere Meinung wenn es noth thut sagen. Nur solche Männer können in Zeiten der Noth und Gefahr eine wirksame Stütze sein, auf deren Unabhängigkeit man bauen kann. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. Dr. Sattler (nl.): Ich bin erstaunt darüber, daß Abg. v. Strombeck gleich bei der Etatsberathung den alten konfessionellen Standpunkt wieder hervorgeholt hat. Auch der letzte Vorredner schien von einem besonderen Kampfeseifer beseelt zu sein. Seine Ausführungen gehören zum großen Theile nicht hierher. Die Hauptsache fehlt noch beim Etat, namentlich das Kompatibilitätsgesetz, und man kann leider eine baldige Vorlegung desselben kaum erhoffen. Mit dem System der Altenszulagen und der Meliorationen sind wir einverstanden und bedauern nur, daß Staatssekretär v. Stephan sich im Reich den Altenszulagen gegenüber so ablehnend verhält. Unsere Finanzlage ist mit einem Defizit von 70 Millionen Mark keine günstige. Aber eine besondere Gefahr droht damit unserem Staate noch nicht, wohl aber droht eine solche dem Reiche mit seiner immens sich steigernde Verschuldung. Der Vorschlag des Abg. v. Mierbach, den Mehrertrag der Einkommensteuer zur theilweisen Deckung des Defizits zu verwenden, ist nicht ausführbar. Ueber die Zinsen dieser thesaurirten Mehrerträge ist schon bestimmt, und da kann man das Kapital nicht auch noch aufbrauchen. Redner befürwortet sodann einige kleine Abstriche und fährt fort: Wie steht es aber nun mit der Frage der Neuorganisation der Eisenbahnverwaltung und der Bauverwaltung und wie mit der Frage der Aenderung der Vorbildung der Eisenbahnverwaltungs-Beamten? Die Verhältnisse des Reichs will ich hier nicht besprechen, man muß darin vorsichtig sein, um nicht einen Konflikt mit dem Reiche hervorzurufen, worunter nur das Ansehen des Staates leiden kann. Aber das finanzielle Verhältniß des Reichs zu Preußen muß geändert werden. Das Reich muß seine Ausgaben durch eigene Einnahmen decken, und das Verhältniß des Reichs zu den Einzelstaaten muß geordnet werden. Das ist die Ansicht meiner ganzen Partei. Eine reinliche Scheidung zwischen Reich und Einzelstaaten muß gemacht werden, dann wird auch das Gefühl der eigenen finanziellen Verantwortlichkeit der Reichsressorts lebendiger. Dem Reiche fehlt eine Behörde, die aus finanziellen Gesichtspunkten die einzelnen Verwaltungszweige kontrolirt. Das hat auch Abg. Graf Limburg-Stirum eingesehen, aber dann wundert's mich, daß er von einem Reichsfinanzminister nichts wissen will. Jetzt findet in Preußen eine so große und wohlthätige Sparsamkeit statt, weil der Finanzminister bei allen Ressorts ein Wort mit zu sprechen hat. Ein ähnlicher Zustand müßte auch im Reiche eingeführt werden. Es kommt indeß nicht nur in Preußen darauf an, das Verhältniß Preußens zum Reich zu ordnen, sondern auch Preußen unabhängiger zu machen von den Betriebsergebnissen der einzelnen Verwaltungen, namentlich der Eisenbahnverwaltung. Die Hauptaufgabe der Eisenbahn ist nicht, hauptsächlich finanzielle Erträge zu liefern, denn sie soll die wirthschaftliche Kraft des Landes stärken. Man kann die wirthschaftliche Lage des Staates aber auch dadurch bessern, daß er zur rechten Zeit Unternehmungen durchführt, die später ihre Früchte tragen. So sollte der Staat in der Zeit einer wirthschaftlichen Depression Wasserstraßen bauen und Meliorationen vornehmen, da das dann am billigsten geschieht. Die wirthschaftlichen Kräfte des Volkes müssen entfaltet werden und von diesem Gesichtspunkte aus müssen wir an die Prüfung des Etats herangehen.

Abg. Frh. v. Zedlitz-Neukirch (Ctr.): Die Behauptung einer Disparität zwischen Katholiken und Protestanten ist nicht bewiesen. Es ist niemals nachgewiesen, daß ein Katholik wegen seiner Religion nicht zu einem Amte zugelassen wurde. Meine Partei hat immer bewiesen, daß sie ihr monarchisches Bewußtsein stets verbunden hat mit dem Freimuth und der Unabhängigkeit, welche uns gebührt als Vertreter des deutschen Volkes. Monarchische Treue haben wir immer bewiesen. Das bemerke ich im Anschluß an die ähnlichen Ausführungen des Grafen Limburg-Stirum. Wir erkennen die Einbringung eines Netto-Etats als einen Fortschritt an und sind mit der Aufstellung des Etats einverstanden. Dieselbe läßt eine vorsichtige Sparsamkeit erkennen, wobei allerdings bedauerlich ist, daß für Kulturaufgaben nur wenig Mittel aufgewendet werden konnten. In einzelnen Punkten in Extraordinarien werden noch Abstriche gemacht werden können. Das wird in der Kommission geprüft werden können. Der Entwickelung unserer Landwirthschaft müsse dagegen noch Aufwendungen von Staats wegen gemacht werden. Die landwirthschaftlichen Gewerbe müssen lebensfähig und der Grundbesitz muß in festen Händen bleiben. Eine Ablösung der ländlichen Hypotheken an Rentenschuld halte ich für verfehlt, denn das würde zahlreiche ländliche Existenzen vernichten, die Hypothekenkapitalien würden gekündigt werden und der ländliche Kredit und der Werth des Grund und Bodens leiden. Dagegen sollten die ländlichen Kreditinstitute mehr ausgebildet werden. (Hört! hört! links.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18940124026/fragment/page=0002